

Der Kampf ist nicht zu Ende

Klaus Schroeder
Monika Deutz-Schroeder

Geschichte
und Aktualität
linker Gewalt



HERDER



und die unternehmerische Freiheit einschränken wollen, ist jedoch kein Verfassungsfeind, mithin kein Extremist, sondern ein Radikaler. Diese Differenzierung zwischen Linksradikalismus und Linksextremismus ist unverzichtbar, obwohl in der Praxis die Trennlinien zwischen radikalen und extremen Linken nicht zuletzt deshalb schwer zu ziehen sind, weil sich viele radikale Linke nicht prinzipiell von extremen Linken und deren Gewaltbereitschaft distanzieren. Linksextreme Gruppen und Personen, zu denen Kommunisten und Anarchisten gehören, propagieren mehr oder weniger offen ihr Ziel, die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat zerschlagen und an seine Stelle eine neue, kommunistische oder anarchistische Gesellschaft setzen zu wollen.

Zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen gemäßigten und extremen Linken ist das Verhältnis zur Freiheit. Extreme Linke stehen in der Tradition autoritärer bis totalitärer Bewegungen wie beispielsweise dem linken Flügel der Jakobiner. Sie propagieren den Egalitarismus, errichten aber, wenn sie an die Macht gelangen, eine Diktatur, in der sie die Menschen gleichschalten wollen. Auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums ist das Verhältnis zu Freiheit und Liberalität das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen gemäßigten und extremen Rechten.¹⁰

Unter Linksextremismus werden politisch-ideologische Vorstellungen verstanden, die mit oder ohne Gewalt die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung abschaffen und an ihre Stelle eine »neue Gesellschaft« mit einem anderen politischen System – einer »echten Demokratie« – setzen wollen. Der Linksextremismus propagiert als Ziel eine egalitäre Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Perspektiven und Lebenslagen garantiert. Das Individuum wird dabei seiner Freiheit beraubt und dem Kollektiv untergeordnet. Insofern strebt der Linksextremismus die politische Gleichschaltung und soziale Nivellierung einer Gesellschaft an, in der soziale Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie abgeschafft sind.

Linksextreme orientieren sich an unterschiedlichen Ideen und Ideologien sowie existierenden oder untergegangenen sozialistischen/kommunistischen Staaten. Das Spektrum der Gruppen reicht von Anhängern der DDR über Maoisten und (Post-)Autonome bis hin zu Anarchisten, die jegliche Herrschaftsform ablehnen.

Eine Mehrzahl orientiert sich nach wie vor an Marx, Engels und Lenin sowie ihren »Nachfolgern«. Ihre marxistische oder marxistisch-leninistische Ideologie lässt sie glauben, im (alleinigen) Besitz der wissenschaftlichen und politischen Wahrheit zu sein. Bewusst oder unbewusst – ganz im Sinne der DDR-Floskel »Die Lehren von Marx und Lenin sind allmächtig, weil sie wahr sind« – leiten sie hieraus ihren ideologischen Anspruch ab. Indem sie in ihren Gesellschaftsmodellen keine anderen Parteien oder politisch-ideologischen Auffassungen akzeptieren, sind sie freiheitsverachtend und letztlich totalitär.

Einige Gruppen berufen sich auf Trotzki, Mao oder Stalin, andere (autonome) Gruppierungen beziehen moderne linksextreme Denker wie Negri, Badiou, Žižek u. a. in grundsätzliche oder strategische Überlegungen mit ein. In den letzten Jahrzehnten hat sich

die linksextreme Szene allerdings zumindest in der Breite »entintellektualisiert«. Sie führt nicht mehr langatmige theoretische Debatten wie die 68er-Bewegung, sondern diskutiert stattdessen über konkrete Aktionen gegen das herrschende System.

Selbstdefinierte Aktionsfelder des aktuellen Linksextremismus sind »Antifaschismus und Antirassismus«, »Antiimperialismus«, »Antiglobalisierung«, »Antirepression«, »Antikapitalismus« sowie »Antidemokratie« als Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und »Antigentrifizierung«.

Linksextreme wittern überall Verschwörungen, angezettelt vom »Kapital« und seinen Helfershelfern, und praktizieren eine Entlarvungsstrategie, die ihre Feinde und die »Handlanger« der Herrschenden bloßstellen soll.

Das heutige linksextreme Milieu mit seinen unterschiedlichen Strömungen steht in der Tradition der Anfang des letzten Jahrhunderts in Deutschland entstandenen kommunistischen Bewegungen und insbesondere der 1968er-Bewegung. Mit ihr teilen Linksextreme die Ablehnung des Mehrheitsprinzips und des Pluralismus sowie die Fixierung auf eine historische Mission, die sie zu erfüllen hätten. Das von ihnen angestrebte System soll die Marktwirtschaft – den Kapitalismus – und die parlamentarische Demokratie überwinden und an ihre Stelle ein sozialistisches bzw. kommunistisches System setzen. Linksextremisten, aber auch viele verfassungskonforme Linksradikale, glauben, alles sei besser als ein vom Kapitalismus geprägtes System. In ein ähnliches Horn blasen Žižek und Badiou, die sogar den Stalinismus mit seinen Massenmorden auch an eigenen Anhängern für humaner halten als den Kapitalismus, weil das stalinistische Regime »einen gewissen Raum utopischer Erwartungen« eröffnet habe. Žižek pflichtet Badiou Behauptung »lieber den schlimmsten stalinistischen Terror als die liberalste kapitalistische Demokratie« bei.¹¹

Politische Gewalt

Für die Bundesrepublik zeichnen sich insbesondere die gewalttätigen Aktionen der RAF und anderer linksterroristischer Gruppen durch eine derartige grundlegende Missachtung ziviler und moralischer Werte aus. Aber ebenso deuten gewalttätige Auseinandersetzungen wie zuletzt beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 auf eine hohe Gewalaffinität hin, verbunden mit einem unberechenbaren Zerstörungswillen bestimmter politischer und sozialer Gruppen.

Linke Gewalt wird zielgenau und bewusst eingesetzt, um nicht anerkannte Institutionen und Werte der bürgerlichen Gesellschaft anzugreifen und zu zerstören und als Feinde deklarierte Personen zu treffen. Sie kann als explizit politisch motivierte Gewalt charakterisiert werden. In Zeiten, in denen weder eine Revolution vor der Tür steht noch vorrevolutionäre Zustände herrschen, dient diese Gewalt vor allem der Einschüchterung von Personen und Gruppen, die linksextremen Ansprüchen und Vorhaben entgegenstehen.

Linksextreme Gewalt wird von den Akteuren stärker als rechtsextreme bewusst eingesetzt und politisch begründet. Sie muss nicht immer zielgerichtet ausfallen, entscheidend für linke Gewalttäter ist ihre Wirkung. Die Gewalt soll das System unabhängig von den jeweiligen unterschiedlichen Angriffszielen insgesamt in Frage stellen. Im Verständnis linksextremer Akteure ist das System ein »Gewaltssystem«, gegen das »Gegengewalt« oder, wie oftmals behauptet wird, »Widerstand« gerechtfertigt sei.

Die 1987 von der Bundesregierung eingesetzte Gewaltkommission definiert politische Gewalt als »die zielgerichtete, direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen«. Politische Gewalt beabsichtigt zudem, gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen, und findet zumeist im öffentlichen Raum vor den Augen der Öffentlichkeit statt. Allerdings sind die Trennlinien zu »privater« Gewalt oftmals schwer zu ziehen. Gleiches gilt für kriminelle Gewalt, die mit terroristischer Gewalt einhergehen kann.¹²

Bereitschaft zu politisch motiviertem Gewalthandeln

Im Rahmen einer bei Infratest dimap in Auftrag gegebenen repräsentativen Untersuchung zu linksextremen Einstellungen wurden auch Fragen zu politisch motivierter Gewalt gestellt. Die Befragten sollten angeben, ob und wenn ja, aus welchen Gründen sie politisch motivierte Gewaltanwendung befürworten.¹³

Der Anteil der Befragten, die politisch motivierte Gewalt gutheißen, dürfte realiter jedoch etwas höher liegen, als in dieser und anderen Umfragen und in Interviews sichtbar wird, weil Personen mit höherem Bildungsgrad befürchten, ihre Aussagen bei Umfragen könnten gegen sie verwendet werden.

Die durchschnittliche Zustimmung zum Einsatz politisch motivierter Gewalt, sei es gegen Personen oder Sachen oder als Gegengewalt, liegt mit jeweils 7 % deutlich über der auf Basis der Ergebnisse anderer empirischer Studien angenommenen, insbesondere bei dem Einsatz von Gewalt gegen Personen. Eine bejahende Antwort bedeutet selbstverständlich nicht, dass die befragte Person selber Gewalt einsetzen würde, sie hält aber den Einsatz prinzipiell für legitim. Von den als linksextrem und linksradikal eingestuften Personen (LE und LR) befürworten 14 % bzw. 8 % einen derartigen Einsatz. Gegengewalt gegen gesellschaftliche Zwänge und staatliche Gewalt unterstützen 10 % bzw. 15 % der Linksextremen bzw. Linksradikalen gegenüber 7 % insgesamt; nach der politischen Selbsteinstufung gemessen mit einer Skala von 1 bis 11 sind es ganz links (Stufe 1) 13 % und ganz rechts (Stufe 11) 15 %.¹⁴

Fragen zu politisch motivierter Gewalt*						
	D	O	W	16-29	LE	LR

I	Ja	Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Personen erlaubt.	7	8	7	9	14	8
II	Ja	Das staatliche Gewaltmonopol sollte auf jeden Fall beibehalten werden.	48	49	46	47	33	40
III	Ja	Gegen gesellschaftliche Zwänge und staatliche Gewalt hilft nur Gegengewalt.	7	5	7	9	10	15
IV	Ja	Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Sachen erlaubt.	7	8	6	13	6	12
* Zustimmende Antworten zu den jeweiligen Items in Prozentwerten; N = 1.362								

Erstaunlich und kaum zu erklären ist in dieser Umfrage die Antwort auf die Frage nach dem staatlichen Gewaltmonopol. Nur knapp die Hälfte (48 %) spricht sich für seine Beibehaltung aus, und etwas weniger (46 %) sind für seine Abschaffung. Die Werte in Ost und West liegen in etwa auf gleichem Niveau, alters- und geschlechtsspezifisch gibt es dagegen deutliche Unterschiede. Die Jahrgänge 70 plus befürworten nur zu 43 %, die jüngeren Jahrgänge zu 47 % eine Beibehaltung des staatlichen Gewaltmonopols. Knapp 60 % der männlichen Befragten plädieren dafür gegenüber nur 38 % der weiblichen. Mit steigendem Bildungsgrad erhöht sich die Zustimmungsrate (von 37 % auf 65 %). Unter den Parteianhängern ist der Anteil bei der AfD (64 %) am höchsten und bei der SPD (43 %) am niedrigsten, aber auch nur 54 % der Unionsanhänger möchten auf jeden Fall das staatliche Gewaltmonopol behalten. Während diese Ergebnisse nicht zu erwarten waren, überrascht die geringe Zustimmung auf linker Seite mit 33 % bei jenen mit linksextremem Weltbild bzw. 40 % bei jenen mit linksradikalem Weltbild nicht; ähnlich niedrig fällt sie bei den sich äußerst links Einstufenden aus (35 %). Warum sich nicht einmal die Hälfte der Interviewten für das staatliche Gewaltmonopol ausspricht, bleibt jedoch erklärungsbedürftig.¹⁵

Die Vermutung, viele Befragte könnten sich unter »staatlichem Gewaltmonopol« nichts Konkretes vorstellen, trifft nicht zu. In einem Pretest fragten die Interviewer nicht nach dem »staatlichen Gewaltmonopol«, sondern: »Nur der Staat und nicht Privatpersonen sollten das Recht haben, Gewalt auszuüben.« Dieser Aussage stimmten 42 % zu, 53 % lehnten sie ab. Insofern spricht einiges dafür, dass die Legitimation des staatlichen Gewaltmonopols bröckelt. Offenbar bereitet die staatliche Gewaltanwendung vielen Befragten Unbehagen, ohne dass ihnen vielleicht die Konsequenzen eines Wegfalls bewusst sind.

Die Diskussion um das staatliche Gewaltmonopol hat in der linken Geschichte eine besondere Bedeutung. Viele Linksradikale und Linksextremisten lehnen es mit der Begründung ab, der (bürgerliche) Staat setze dieses Monopol gegen Oppositionelle und Widerständige ein. Selbst in der Anfangsphase der grünen Partei, als Maoisten und Spontis eine dominierende Rolle einnehmen, regen sich dort viele Stimmen, die sich gegen das

Gewaltmonopol des Staates äußern. Otto Schily, später Innenminister und SPD-Mitglied, spricht sich schon frühzeitig als einer der wenigen prominenten grünen Politiker für die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols aus. Heutige Linksextreme und Linksradikale argumentieren wie ihre Altvorderen dagegen – das ist nicht überraschend.

Politisch motivierte Gewaltfantasien werden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht immer mit gleichen Maßstäben bewertet, wie einige Vorfälle im Herbst 2015 beispielhaft zeigen. Ein zumindest indirekter Aufruf zur Gewalt bzw. eine Verherrlichung politisch motivierter Gewalt lässt sich bei einer linken Antiglobalisierungsdemonstration, auf der am 11. Oktober in Berlin Teilnehmer eine Guillotine mit der Aufschrift »!Pass! Blos auf Sigmar« tragen, erkennen. Das Fallbeil ist mit roter Farbe beschmiert. Zwei Tage später, am 13. Oktober, führt ein Demonstrant bei einer Pegida-Demonstration in Dresden einen Galgen mit, von dem zwei Schnüre mit Sprüchen baumeln. Dort steht zu lesen: »Reserviert Sigmar ›Das Pack‹ Gabriel« sowie »Reserviert Angela ›Mutti‹ Merkel«.

Während angesichts des Galgens sofort ein medialer Entrüstungssturm losbricht, bleibt die Guillotine einige Tage unbeachtet und unkommentiert und wird nur in wenigen Medien erst in Zusammenhang mit dem »Dresdner Galgen« erwähnt. Letzteren zeigen zudem Presse und Internet stark vergrößert, sodass der Eindruck erweckt wird, alle Umstehenden hätten ihn sehen müssen.

Nahezu unerwähnt in den Medien bleibt ein Foto, das die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer zusammen mit einem Jungsozialisten zeigt, der ein T-Shirt mit einem Piktogramm einer Hinrichtung trägt, versehen mit dem Schriftzug »Capitalism!«. Dreyer hätte sich allerdings nach eigenem Bekunden nicht in dieser Weise fotografieren lassen, wenn sie das T-Shirt rechtzeitig gesehen hätte. Dem Jungsozialisten ging es offensichtlich um eine Provokation und ein politisches Bekenntnis.

Angesichts dieser typischen »Ungleichbehandlung« von Gewaltfantasien stellt sich die Frage, inwieweit sich nicht wenige Medien in ihrer Berichterstattung bzw. Nichtberichterstattung von unterschiedlichen Motiven zur Gewaltverherrlichung beeinflussen lassen.

Gewalt als gesellschaftliches Grundprinzip

Zur individuellen und gesellschaftlichen Gewaltbereitschaft liefert die Soziologie unterschiedliche Erklärungsansätze.¹⁶ Theorien zur Deprivation und Desintegration neigen dazu, Täter als Opfer sozialstruktureller Prozesse zu sehen und sie gleichsam von der Verantwortung für ihre Taten freizusprechen. Fragwürdig ist das in der empirischen Gewaltforschung verwendete Desintegrationsmodell nicht zuletzt deshalb, weil bisher keine zwingenden Zusammenhänge zwischen Desintegration und Gewalttätigkeit belegt werden können.

Rechts- und linksextreme Apologeten wie z. B. Ernst Jünger und George Sorel, aber auch